

Protokoll

über die 3. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Gebäudemanagement der Stadt Zeven am Dienstag, dem 09.10.2012, 15:00 Uhr, Rathaus Zeven, Raum 203.

Anwesend:

Stadtdirektor

Johann-D. Klintworth

Ausschussvorsitzende/r

Vorsitzender Simon Tewes

Ausschussmitglieder

Ratsherr	Holger Bosse	bis 17:20 Uhr
Ratsfrau	Susanne Bredehöft	
Ratsherr	Rolf Grabowski	
Ratsherr	Jürgen Husemann	
Ratsherr	Hans-Peter Klie	Vertretung für Herrn Rudolf Roose
Ratsherr	Hans-Günter Krauskopf	bis 17:15 Uhr
Ratsherr	Hans-Dieter Marwede	
Ratsherr	Manfred Poburski	

Verwaltung

Christoph Reuther
Markus Sobottka
Ewald Aßmann

Protokollführer

Dennis Hülers

Gäste

Axel Janssen Fa. Axcentro GmbH

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsherr Rudolf Roose

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Tewes eröffnet um 15:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und Beschlussfähigkeit fest. Ratsherr Rudolf Roose ist nicht anwesend und wird durch Ratsherrn Hans-Peter Klie vertreten.

2. Feststellung der Tagesordnung und Beschlussfassung über die Behandlung von Beratungspunkten in nichtöffentlicher Sitzung

Stadtdirektor Klintworth geht auf die verteilte Tischvorlage „Jahresabschluss 2011“ ein. Um die vorgegebenen Fristen einhalten zu können, ist eine Erweiterung der Tagesordnung notwendig. Nach kurzer Diskussion beschließt der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Gebäudemanagement bei **6 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen** die Erweiterung der Tagesordnung. Die Vorlage wird als neuer Tagesordnungspunkt acht eingeschoben.

Weiterhin bittet Ratsherr Poburski darum, Punkt sechs der Tagesordnung (Ratsantrag der AG CDU/Grüne vom 04.07.2012; Machbarkeitsstudie eines überregionalen Veranstaltungszentrums) zu streichen. Dies wird damit begründet, dass auch im letzten Bauausschuss dieser Beratungspunkt von der Tagesordnung genommen worden sei. Ratsherr Klie merkt an, dass diese beiden Vorgänge getrennt voneinander betrachtet werden müssen. Stadtdirektor Klintworth ergänzt, dass im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Gebäudemanagement zunächst Machbarkeitsüberlegungen angestellt werden sollen, unabhängig von möglichen Standorten, während im Bausschuss bereits über bestimmte Standorte beraten werden sollte. Ratsherr Poburski zieht sodann seinen Antrag zur Tagesordnung zurück.

Vorsitzender Tewes stellt im Anschluss die Tagesordnung und die Beschlussfassung über die Behandlung von Beratungspunkten in nichtöffentlicher Sitzung fest.

3. Genehmigung des Protokolls -öffentlicher Teil- über die 2. Sitzung des Finanzausschusses am 05.03.12

Ratsherr Krauskopf bittet das Protokoll dahingehend zu ergänzen, dass die Verwaltung mitteilt, wie viele Bewerber es für ein mögliches Baugebiet Brüttendorf gebe. Kämmerer Sobottka erläutert, dass es zum Zeitpunkt der letzten Sitzung drei Bewerber gab, diese ihre Bewerbung aber mittlerweile alle zurückgezogen haben.

Das Protokoll – öffentlicher Teil – der 2. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Gebäudemanagement wird mit **7 Ja-Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen** genehmigt.

4. Ratsantrag der AG CDU/Grüne vom 22.05.2012 - StadtAppHalloHier!

Herr Reuther stellt die Vorlage vor. Aufgrund des vorliegenden Antrags der AG Grüne/CDU ist Herr Axel Janssen von der Fa. Axcentro GmbH eingeladen worden, um die App „HalloHier“ vorzustellen.

Herr Janssen erläutert, dass sich die Fa. Axcentro GmbH auf die Entwicklung von Stadt Apps spezialisiert habe. Die App „HalloHier“ biete die Möglichkeit, die Kommunikation zwischen Bürger und Rathaus zu verbessern, indem der Verwaltung Kurzmitteilungen mit bis zu drei angehängten Bildern und dem Hinweis auf mögliche Missstände im Stadtgebiet geschickt werden können. Der Standort (GPS-Ermittlung) des Versendenden wird ebenfalls übermittelt. Die Mitteilung wird zunächst an eine zentrale Stelle geschickt, die dann die zuständige Verwaltungseinheit informiert.

Bei der Beantwortung der Mitteilungen kann auf Textbausteine oder ganze Standard-E-Mails zurückgegriffen werden, aber auch eine individuelle Beantwortung ist möglich. Neben der Nutzbarkeit auf allen gängigen Betriebssystemen für Smartphones kann die App auch als „klassische“ Website genutzt werden. Ein eigener Server ist dafür nicht notwendig, die Fa. Axcentro GmbH bietet eine Cloud-Computing-Lösung an. Die Kosten für einen Arbeitsplatz liegen bei 99,00 € im Monat, darin sind alle anfallenden Kosten enthalten. Herr Janssen verweist auf Städte (z.B. Troisdorf, Stuttgart, Frankfurt, Kassel), die mit der App bereits gute Erfahrungen gemacht hätten.

Ratsherr Klie fragt nach, ob nur der Bürger dem Rathaus Mitteilungen schicken könne. Herr Janssen erläutert, dass auch das Rathaus die Möglichkeit habe, den Nutzern Nachrichten zu schicken. Es besteht die Möglichkeit, die App als Bürgerinformationssystem zu nutzen.

Sodann bedanken sich die Anwesenden bei Herrn Janssen für die Produktpräsentation.

Stadtdirektor Klintworth stellt daraufhin den Vermerk des EDV-Teams vor und ergänzt, dass die Einführung einer solchen App nur über die Samtgemeinde zu realisieren sei. Ratsherr Klie ergänzt, dass die Stadt Zeven eine solche App brauche, nicht nur als Touristen-Informationssystem, sondern auch um die Transparenz des Rathauses zu erhöhen. Dies sei auch für die Samtgemeinde sinnvoll und notwendig. Dabei müsse jedoch auf das bereits vorhandene System aufgebaut werden, um die Kosten im Rahmen zu halten. Ratsherr Klie spricht sich deshalb für eine Umsetzung entsprechend der Empfehlung des EDV-Teams aus. Danach soll zunächst eine mobile Seite entstehen und in einem zweiten Schritt eine Stadt App eingeführt werden.

Ratsherr Poburski fragt nach den Stellenanteilen des EDV-Teams und den möglichen personellen Konsequenzen. Stadtdirektor Klintworth erläutert, dass derzeit lediglich eine halbe Stelle vorhanden und besetzt sei. Sollte sich die Stadt für die App entscheiden, dann ist eine Personalaufstockung unvermeidlich. Er bekräftigt noch einmal den Gedanken, dass eine Zerstückelung vermieden und die Verwaltung weiterhin einheitlich gehandhabt werden sollte. Deshalb wäre die Einführung der App über die Samtgemeinde zu begrüßen. Ratsherr Krauskopf fügt an, dass technische oder personelle Schwierigkeiten keine Gründe darstellen dürfen, sich gegen die App zu entscheiden. Ratsherr Husemann hält das Angebot der Fa. Axcentro GmbH für ungünstig im Hinblick auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis und ergänzt, dass die Bürger bereits jetzt zahlreiche Möglichkeiten hätten, mit dem Rathaus in Kontakt zu treten. Weiterhin sei ohnehin fraglich, inwieweit der Unterschied zwischen Stadt und Samtgemeinde den Bürgern überhaupt bekannt sei. Es müsse daher eine einheitliche Lösung, zusammen mit der Samtgemeinde, zustande kommen. Ein Alleingang der Stadt sei unzweckmäßig.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Gebäudemanagement **empfiehlt** dem Stadtrat der Stadt Zeven **einstimmig**, den Stadtdirektor, in Zusammenarbeit mit der Samtgemeinde Zeven, damit zu beauftragen, unter der einheitlichen Plattform zeven.de eine mobile Webseite zu entwickeln und in einem zweiten Schritt eine entsprechende App einzuführen.

FWGA Stadt Zeven am 09.10.2012 – Vorlage Z/074/2011-16 – 1, 2, 02 –

5. Bericht

a) Vorsitzender Tewes berichtet über die Besichtigung der städtischen Liegenschaften zusammen mit Herrn Sobottka und Herrn Ringen in der ersten Jahreshälfte 2012. Die entstandenen Eindrücke während der Besichtigung werden anhand einer Power-Point-Präsentation dargestellt. Es sei deutlich geworden, dass vor allem bei den Objekten DGH Bademühlen, KiGa Schledornweg, alter Bahnhof, PWA und Vereinsheim am Ahe-Sportplatz Handlungsbedarf bestehe. Insgesamt seien die Liegenschaften aber in einem guten Zustand, wenngleich die Datenlage (z.B. Alter der Heizungsanlage oder Sanitäranlagen) teilweise unbefriedigend sei.

Ratsherr Bosse fragt an, wie die Kosten bei der gemeinsamen Nutzung eines Gebäudes durch die Dorfgemeinschaft (Zuständigkeit liegt bei der Stadt) und die Feuerwehr (Zuständigkeit liegt bei der Samtgemeinde) aufgeteilt werden. Kämmerer Sobottka erläutert, dass pauschal $\frac{2}{3}$ der Kosten auf die Dorfgemeinschaft und $\frac{1}{3}$ auf die Feuerwehr umgelegt werden, solange keine anderweitigen Gründe dagegen sprechen. Diese Aufteilung habe sich in der Praxis bewährt.

Ratsherr Bosse erkundigt sich weiterhin nach der Inklusionsfähigkeit der Krippe/KiGa Berliner Straße bestellt sei. Stadtdirektor Klintworth erläutert, dass es sich um ein ebenerdiges Gebäude handle und die ehemals vorhandene Treppe vor einiger Zeit entfernt wurde. Weiterhin werde nur das Erdgeschoss genutzt, im ersten Stock befinden sich lediglich Büro-

räume. Im Hinblick auf die Inklusionsfähigkeit des Gebäudes sei der Ausbauzustand zufrieden stellend.

Ratsherr Krauskopf merkt an, dass auf den vorgestellten Bildern viele zugestellte Räume zu erkennen gewesen seien. Hier müssten die Besitzverhältnisse und Verkaufsmöglichkeiten sowie in einem zweiten Schritt die Lagermöglichkeiten geklärt werden. Ratsherr Klie erwidert, dass die vorgestellte Präsentation lediglich der Bestandsaufnahme diene und die Lagerung ein zweitrangiges Problem darstelle.

FWGA Stadt Zeven am 09.10.2012 – 2 –

b) Kämmerer Sobottka erläutert die Hochrechnung der Steuern und Umlagen für das Haushaltsjahr 2012. Eine Übersicht ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

FWGA Stadt Zeven am 09.10.2012 – 2 –

6. Ratsantrag der AG CDU/Grüne vom 04.07.2012; Machbarkeitsstudie eines überregionalen Veranstaltungszentrums

Ratsherr Klie stellt den Ratsantrag der AG Grüne/CDU vor. Sowohl in der Stadt Zeven als auch im gesamten Landkreis Rotenburg (Wümme) seien keine Räumlichkeiten für größere Veranstaltungen vorhanden. Es sei deshalb notwendig, grundsätzlich über den Bau eines überregionalen Veranstaltungszentrums, zunächst unabhängig vom Standort, zu sprechen. Ratsherr Poburski erwidert, dass ein solches Veranstaltungszentrum sicherlich wünschenswert sei, es aber auch zu bedenken gilt, dass ein im Stadtgebiet ansässiges Unternehmen unter bestimmten Voraussetzungen auch weiterhin bereit sei, seine Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Für Zeven allein sei ein überregionales Veranstaltungszentrum zu groß. Möglicherweise könne ein Veranstaltungszentrum auch mit einer Sporthalle für die örtlichen Schulen und Vereine kombiniert werden. Außerdem sollten Gespräche mit dem Landkreis geführt werden, um diesen als möglichen Co-Investor zu gewinnen. Gegen eine Machbarkeitsstudie, spreche allerdings nichts.

Stadtdirektor Klintworth fasst zusammen, dass zunächst geeignete Berater für eine Machbarkeitsstudie gefunden werden müssten. Ersten Schätzungen zufolge werden für das Gutachten Kosten in Höhe von 35.000 € entstehen. Die abschließende Entscheidung liege dann beim Verwaltungsausschuss. Herr Reuther ergänzt, dass der Bearbeitungsbedarf einer solchen Machbarkeitsstudie bei circa vier bis fünf Monaten liege.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Gebäudemanagement empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Zeven mit **6 Ja-Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen** eine Machbarkeitsstudie für den Bau eines überregionalen Veranstaltungszentrums in Auftrag zu geben.

FWGA Stadt Zeven am 09.10.2012 – Vorlage Z/089/2011-16 – 2, 02 –

7. Prüfung der Jahresrechnung 2010 nebst Entlastung

Kämmerer Sobottka erläutert die Vorlage. Die Beschlussfassung über die Entlastung des Stadtdirektors erfolgt dabei, anders als in der Vorlage vorgegeben, gem. § 129 NKomVG.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Gebäudemanagement empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Zeven **einstimmig**, dem Stadtdirektor die Entlastung zu erteilen.

FWGA Stadt Zeven am 09.10.2012 – Vorlage Z/092/2011-16 – 2 –

8. Jahresabschluss 2011

Kämmerer Sobottka erläutert die Vorlage. Ratsherr Marwede fragt an, warum das Defizit beim Waldkindergarten so hoch ausfalle. Kämmerer Sobottka erläutert, dass zwei Betreuerinnen für vergleichsweise wenige Kinder verantwortlich seien und das Defizit, auch in der Höhe, nicht unerwartet komme.

Ratsherr Husemann fragt an, warum der Jahresabschluss 2011 dem Ausschuss als Tischvorlage vorgelegt werde, wenn doch bereits am 22. Mai 2012 der Rechenschaftsbericht unterschrieben worden sei. Kämmerer Sobottka erläutert, dass dies auf eine Unachtsamkeit bei der Zusammenstellung der Tagesordnung zurückzuführen sei.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Gebäudemanagement nimmt den Jahresabschluss 2011 zur Kenntnis.

FWGA Stadt Zeven am 09.10.2012 – Vorlage Z/092/2011-16 – 2 –

9. Haushaltssatzung 2013

Stadtdirektor Klintworth stellt den Einbringungsentwurf vor.

Der Haushaltsentwurf enthält neben Rekorderträgen auch Rekordaufwendungen. Lediglich eine einmalige Vermögensveräußerung führt zu einem einigermaßen ausgeglichenen Haushalt 2013. Die gesenkte KiTagebühr ist dabei bereits berücksichtigt worden. Die Investitionen der letzten Jahre führen zu hohen Abschreibungen, von denen ca. 600.000 € ungedeckt sind. Stadtdirektor Klintworth schlägt zur Minimierung des Defizits vor, die Hebesätze für die Grundsteuern A und B zu erhöhen.

Insgesamt steigen die Steuereinnahmen im Vergleich zum Vorjahr um ca. 800.000 €. Stadtdirektor Klintworth stellt fest, dass die Doppik im Vergleich zur Kameralistik eine wirkungsvolle Schuldenbremse sei, die nachhaltiges Wirtschaften ermögliche.

Kämmerer Sobottka ergänzt, dass die Haushaltsjahre 2014-2016 bisher noch nicht fortgeschrieben seien, dies aber bis zur Endberatung nachgeholt wird. Die wesentlichen, aus dem Vorjahr übernommenen Investitionen sind das Baugebiet Brüttendorf, der Stadtumbau West, der Rückumbau Bahnhofstraße sowie die Sicherung von Bahnübergängen. Neu hinzu kommen Grundstücksverkäufe, Verbunddorferneuerung, Stadtumgehung, Straßenausbau „Am Bogen“, Fußgängerdruckkoppel „Hochkamp“, Fußgängerbrücke Brauel, Flurbereinigung Brüttendorf/Oldendorf sowie Instandhaltungsmaßnahmen verschiedener Wirtschaftswege. Die aktuelle Steuerschätzung aus November 2012 wird bei der Endberatung in den Haushaltsentwurf eingearbeitet sein. Der Haushaltsentwurf ist mit einer Kreisumlage von 50% kalkuliert.

Die Ansätze werden im Detail noch in den einzelnen Fachausschüssen besprochen. Hierzu

dienen die Auflistungen der Fachbereiche, die dem Ausschuss als Tischvorlage verteilt wurden und den übrigen Ratsmitgliedern per Post zugehen.

Ratsherr Husemann erklärt den vorliegenden Haushaltsentwurf für inakzeptabel. Beispielsweise seien die Kreisumlage und viele andere Berechnungen ungültig und ein Verweis an die Fachausschüsse deshalb nicht möglich. Die versprochene Steigerung der Transparenz mit Einführung der Doppik verkehre sich eher ins Gegenteil. Die Fragen, was Zeven koste und wie viel es Wert sei, könnten nicht beantwortet werden, weil trotz des vorangeschrittenen Haushaltsjahres immer noch keine Eröffnungsbilanz vorliege. Weiterhin sei trotz Rekordsteuereinnahmen nach derzeitigem Stand ein deutlicher Fehlbetrag zu verzeichnen. Die Verwaltung müsse an dieser Stelle unbedingt Lösungsansätze bieten, wie das Defizit minimiert werden könne.

Ratsherr Poburski ergänzt, dass der Haushaltsentwurf als Grundlage für anschließende Beratungen sehr unübersichtlich sei. Der Fehlbetrag von 45.000 € müsse allerdings in den Ausschüssen einzusparen sein. Die Erhöhung der Grundsteuern A und B seien aufgrund des geringen Anteils am Gesamtsteueraufkommen unzweckmäßig.

Der Ausschuss bittet die Verwaltung, sich zu den Schlüsselzuweisungen und der Abundanz zu äußern. Kämmerer Sobottka erläutert, dass die Samtgemeinde Zeven 2012 keine Schlüsselzuweisungen erhalten habe. Es wird deshalb zu Ausgleichszahlungen in Höhe von ca. 340.000 € an die Samtgemeinde kommen. Dies sei allerdings im Haushaltsplan 2013 berücksichtigt worden. Die Finanzausgleichsumlage ist mit ca. 19.200 € veranschlagt. Die Bedarfszahl ist nahezu gleich geblieben. Für 2013 wird mit einer Erhöhung um ca. 2% gerechnet.

Ratsherr Klie führt aus, dass der Entwurf den Eindruck erwecke, dass die Verwaltung vorab nicht in der Lage gewesen sei, das Defizit zu beseitigen. Die Fachabteilungen hätten sich offenbar keine Gedanken gemacht und das Problem dem Kämmerer zugeschoben. Transparenz sehe in jedem Fall anders aus.

Ratsfrau Bredehöft ergänzt, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf als Arbeitsgrundlage unzureichend sei, zumal noch keine Eröffnungsbilanz vorliege und der Ausschuss sich kein Bild über den Vermögens- und Schuldenstand der Stadt machen könne. Unter Beachtung des kaufmännischen Prinzips der Vorsicht sei sogar ein Defizit von ca. 400.000 € zu verzeichnen. Eine ordentliche Beratung sei unter diesen Umständen kaum möglich. Die Verwaltung müsse zuerst eine Bilanz samt Anlage vorlegen.

Vorsitzender Tewes schlägt vor, dass der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Gebäudemanagement den Haushaltsentwurf zur Kenntnis nehme und an die Verwaltung zurückverweist mit dem Auftrag, bis zur Beratung in den Fachausschüssen einen ausgeglichenen Haushalt ohne die Berücksichtigung einer erhöhten Grundsteuer und dem Verkauf von Vermögensgegenständen vorzulegen, wobei die gesenkten KiTagebühren Berücksichtigung finden sollen.

Stadtdirektor Klintworth erwidert, dass in diesem Fall eine Beratung des Haushaltes in den bereits terminierten Fachausschüssen schon aus Zeitgründen nicht möglich sei und im Ergebnis zu deutlichen Verzögerungen kommen wird. Vor allem die Aufwendungen und Auszahlungen sind aus Sicht der Verwaltung nicht mehr akzeptabel. Stadtdirektor Klintworth gibt weiterhin zu bedenken, dass die Vergabe einer Machbarkeitsstudie für ein überregionales Veranstaltungszentrum sowie das Festhalten an ähnlich aufwendigen Projekten von politischer Seite im Hinblick auf die entstehen (langfristigen) Kosten kritisch hinterfragt werden sollten. Es dürfte die Fachausschüsse deshalb vor keine größeren Probleme stellen, genügend Einsparpotenzial zu finden.

Ratsherr Klie erwidert, dass der Entwurf nicht aktuell sei und auch die Erfahrungen der letzten Jahre den Empfehlungsvorschlag des Vorsitzenden notwendig machen. Ratsherr Poburski hält den vorliegenden Haushaltsentwurf insgesamt noch für ausreichend, um ihn an die Fachausschüsse zu verweisen.

Es soll eine Art „Rotliste“ durch die Fachbereiche aufgestellt werden. Auf einen neuen Haushaltsentwurf könne dann verzichtet werden. Vorsitzender Tewes erläutert, dass die Verwaltung den unausgeglichenen Haushaltsentwurf auch als Chance erkennen sollte. Der Ausschuss erwarte zumindest Einsparvorschläge und einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Gebäudemanagement beauftragt den Stadtdirektor **einstimmig**, den unausgeglichenen Entwurf ohne die bereits berücksichtigte Steuererhöhung und ohne die Anrechnung von Ertragsanteilen aus Vermögensveräußerungen auszugleichen. Die dafür erforderlichen Ansatzberichtigungen werden mit den nunmehr durchzuführenden Einladungen der Fachausschüsse zur Beratung vorgelegt. Die Ratsherren Krauskopf und Bosse waren zu diesem Zeitpunkt nicht mehr anwesend.

FWGA Stadt Zeven am 09.10.2012 – 2 –

10. Anfragen

Ratsherr Husemann fragt an, inwieweit Einsparungen beim Energieverbrauch, vor dem Hintergrund des europäischen Energiepreises, erzielt werden konnten und ob dafür Vergleichszahlen vorliegen. Kämmerer Sobottka erläutert, dass derzeit keine aufbereiteten Zahlen vorliegen.

FWGA Stadt Zeven am 09.10.2012 – 2 –

Ende der Sitzung: 18:29 Uhr

Simon Tewes
Vorsitzende/-r

Johann-D. Klintworth
Stadtdirektor

Dennis Hülers
Protokollführer